

FPÖ fordert energetische Sanierung von Altbauten

Utl.: Hofer: Schonung der Umwelt, niedrigere Energiekosten und Schaffung von Arbeitsplätzen sind gute Argumente =

Wien (OTS) - Wohnungen in Altbauten haben einen jährlichen Energiebedarf von bis zu 500 kWh/m², das ist mehr als das Doppelte des durchschnittlichen Energiebedarfs von Wohnungen in Österreich, der bei 230 kWh/m² liegt. Ein Niedrigenergiehaus braucht im Vergleich nur 75 kWh/m², ein Passivhaus gar nur 17 kWh/m². Für die betroffenen Bürger stellen die hohen Energiekosten eine enorme Belastung dar, deshalb fordert die FPÖ nun eine Sanierungsoffensive für den gesamten Althaus- und Altwohnungsbestand in Österreich.

FPÖ-Umweltsprecher Norbert Hofer: "Die FPÖ will eine Bundesförderung für die energetische Sanierung von Althäusern und Altwohnungen. Die Förderung soll 10 Prozent der anrechenbaren Investitionskosten betragen und soll unabhängig von der Wohnbauförderung, die ja von den Ländern ausbezahlt wird, gewährt werden."

Innerhalb von 20 Jahren soll der gesamte Althaus- und Altwohnungsbestand saniert werden, Hofer beziffert die erforderlichen Investitionskosten mit rund 80 Milliarden Euro. Bei einer zehnzehnten Förderung beträgt der Aufwand für den Staat also 8 Milliarden Euro. Die Finanzierung soll aus den Mehreinnahmen erfolgen, die der Finanzminister aufgrund der gestiegenen Energiekosten aus Mehrwertsteuermehreinnahmen lukriert.

Hofer: "In Altwohnungen wohnen oftmals ärmere Menschen, die von einer Senkung des Energieverbrauchs enorm profitieren würden. Außerdem würde der Energiebedarf im Land drastisch gesenkt, der jährliche CO₂-Ausstoß in Österreich würde um etwa 6 Millionen Tonnen reduziert und Österreich könnte einen wichtigen Schritt in Richtung Energieautonomie setzen. Auch dem Import von Atomstrom, der zum erheblichen Teil aus unsicheren Kraftwerken aus der Ukraine stammt, die baugleich mit dem Katastrophenreaktor von Tschernobyl sind, könnte so endlich ein Ende bereitet werden. Darüber hinaus könnten über die in Aussicht genommenen 20 Jahre etwa 20.000 Arbeitsplätze im Baugewerbe und Baunebengewerbe geschaffen werden. Und dass sinkende Arbeitslosigkeit eine massive Entlastung für das Bundesbudget darstellt, muss ich wohl nicht näher erläutern."

Die Förderung soll in Form eines Direktzuschusses gewährt werden. Die organisatorische Abwicklung soll auf Grundlage des One-Stop-Shop-Prinzips über die Länder erfolgen.

Rückfragehinweis:

Freiheitlicher Parlamentsklub

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0117 2007-05-25/11:01

251101 Mai 07

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070525_OTS0117